



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 84884 - 88
Fernschreiber 0886890

P/XIII/122 - 3. Juni 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Schafft endlich ein Atomgesetz! Hat die CDU Angst vor offenen Karten?	46
2	"Was B schreibt, muss A auch sagen" Dr. h.c. Arnold spricht "ohne Manuskript"	29
3-4	Moskau und Warschau zu den Ereignissen in Frankreich Ein interessanter Rückblick	88
5	Der hintergründige Kampf um den Libanon Nasser blickt nach Moskau und Washington	47
6	Entspannung in Südostasien Die USA verbessern ihre Beziehungen zu Indonesien	50
7	Ein Mann - acht Worte Im Gedenken an Kanzler-Reden	30

* * * * *
* * * * *

3. Juni 1958

Schafft endlich ein Atomgesetz!

Es, Mancher, der mit der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion bedauert, dass es bisher kein Bundesatomgesetz und keine klare grundsätzliche Regelung dieser Frage gibt, mag sich vielleicht damit getröstet haben, dass die Industrie in der Bundesrepublik in der friedlichen Verwendung der Atomenergie doch noch gar nicht so weit vorgeschritten wäre und demzufolge die Hilfsbedürftigkeit einer gesetzlichen Regelung auf der Bundesebene nicht so gross sei. Wer so denkt, dem dürfte die zurzeit in Frankfurt laufende "Achema" gezeigt haben, dass dem nicht so ist. Im Gegenteil, während die Industrie in der Bundesrepublik mit Riesenschritten versucht, den Vorsprung des Auslandes aufzuholen, bewegt sich der Gesetzgeber immer noch im Tempo einer Schnecke.

Am 9. Mai 1958 hat die erste Lesung des von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurfes eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes stattgefunden, und am gleichen Tage wurde die Bundesregierung wiederum von der SPD aufgefordert, endlich ein Atomgesetz vorzulegen. Aber erst am 11. Juni 1958 wird der Bundestagsausschuss für Gesundheitswesen erstmalig den sozialdemokratischen Antrag behandeln. In der Zwischenzeit hat nicht nur die Industrie auf der erwähnten "Achema" gezeigt, was sich in der Bundesrepublik wirklich tut, sondern auch die Rechtszersplitterung geht weiter, denn nach anderen Ländern behandelt zum Beispiel in diesen Tagen der schleswig-holsteinische Landtag ein eigenes Landesatomgesetz.

All dies müsste den Bundesgesetzgeber veranlassen, sein Beratungstempo endlich zu beschleunigen. Nun wäre es unsinnig, zu verlangen, dass das Bundesatomgesetz noch vor der Sommerpause, die für den 3. Juli 1958 festgesetzt worden ist, zustandekommt. Der ganze Fragenkomplex ist zugegebenermassen kompliziert und nicht in der drei Beratungswochen, die noch zur Verfügung stehen und vor allem durch den Haushalt belastet sind, zu lösen. Was man aber bei gutem Willen noch erledigen könnte und was vor allen klaren Fronten schaffen würde, das wäre die Erledigung der Ergänzung des Grundgesetzes. Diese Materie ist relativ schnell zu behandeln, weil man hier an die Beratungsergebnisse des zweiten Deutschen Bundestages anknüpfen könnte. Allerdings müsste sich dann die CDU/CSU von dem Gedanken freimachen, ihr sollten verfassungsmässige Fragen gestellt werden.

Die Ergänzung des Grundgesetzes, die dem Bund die Befugnis zur Atomgesetzgebung nur für friedliche Zwecke geben will, ist, so hat es der Abgeordnete Wittrock in der ersten Lesung klar festgestellt, keine Phase im Kampf zur Vermeidung des Unglücks der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. Dieser Kampf spielt sich auf anderen Ebenen ab, und was es hier verfassungsmässig zu klären gibt, beschäftigt bereits die Gerichte.

Wenn die CDU/CSU hinter ihrer immer noch zögernden Haltung nicht die Absicht verbergen will, eines Tages in der Bundesrepublik doch selbst Atomwaffen herstellen zu wollen oder wenn nicht handfeste wirtschaftliche Interessentenwünsche eine Rolle spielen, dann könnte sie sofort mit der Sozialdemokratie die entsprechenden grundgesetzlichen Probleme regeln. Die Rechtslage ist klar und eindeutig.

+ + +

"Was B schreibt, muss A auch sagen"

sp - Nordrhein-Westfalens ehemaliger Ministerpräsident und ehrenhalber Dr. Karl Arnold hat es also abgelehnt, ein öffentliches Streitgespräch mit dem nordrhein-westfälischen FDP-Vorsitzenden und Finanzminister Weyer zu führen. Auf gut Deutsch gesagt: Arnold kneift; er will sich nicht der Gefahr aussetzen, öffentlich dabei ertappt zu werden, dass er sich gelegentlich bei der Kritik an seinen politischen Gegnern jenseits der Wahrheitsgrenze bewegt.

Nun, das ist seine Sache. Man wird im Ruhrgebiet den Mut des Herrn Arnold richtig einzuschätzen wissen.

Der ganze Vorgang hat aber eine recht pikante Note. Finanzminister Weyer hatte in dem Brief mit dem Ersuchen, das Streitgespräch zu führen, ausdrücklich bemerkt, die Diskussion solle "ohne Manuskript" über die Bühne gehen. Wer die Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen kennt, weiss auch, dass Herr Arnold selten ohne Manuskript spricht.

Der ehemalige Ministerpräsident hat seine guten Gründe dafür, denn dem Vernehmen nach soll er sich seine Reden von einem recht eifrigen CDU-Bundestagsabgeordneten machen lassen. Offenbar auf dieses Wissen anspielend, hatte Herr Weyer von dem Streitgespräch "ohne Manuskript" geschrieben.

Jetzt amüsiert man sich an Rhein und Ruhr. Böse Zungen behaupten, der Dr.h.c.Karl Arnold lerne nunmehr seine Reden auswendig, um zu beweisen, dass die ganze Geschichte natürlich nur erfunden sei.

Trotzdem: In Abwandlung des guten alten deutschen Sprichworts "Wer A sagt, muss auch B sagen", heisst es jetzt in Nordrhein-Westfalen "Was B schreibt, muss A auch sagen" - womit angedeutet werden soll, dass der Name des Verfassers Arnold'scher Reden mit einem grossen B anfängt.

Moskau und Warschau zu den Ereignissen in Frankreich

sp - Moskau und Warschau haben bisher zu den Ereignissen in Frankreich nicht offiziell Stellung genommen. Die Presse begnügt sich damit, Nachrichten und Kommentare ihrer Pariser Korrespondenten zu veröffentlichen. Aber auch diese Kommentare spiegeln eine abwartende Haltung wider. Während man zu Beginn der Auseinandersetzungen in Frankreich von "Faschisten" sprach, nennt man jetzt de Gaulle und seine politischen Freunde nur noch "Gegner" oder "Feinde" der Republik. Bemerkenswert ist auch die im Rückblick jetzt festzustellende falsche Einschätzung der sowjetischen Korrespondenten von den Möglichkeiten eines effektiven Widerstandes gegen de Gaulle.

Die "Prawda" vom 17. Mai lässt sich von ihrem Pariser Korrespondenten Gratiani berichten: "Der Kampf des französischen Volkes zum Schutz der Republik vor den Organisatoren des militärisch-faschistischen Putsches ist in eine neue, entscheidende Etappe eingetreten."

Die "Iswestija" vom gleichen Tage lässt ihren Pariser Korrespondenten Sykow berichten: "Das werktätige Paris und das ganze werktätige Frankreich halten sich bereit, den Faschisten eine entscheidende Abfuhr zu erteilen. Der Aufruf zum Generalstreik für den Fall einer Fortsetzung der faschistischen Provokationen wird in allen Betrieben diskutiert und von der Arbeiterklasse des Landes heiss unterstützt".

"Prawda" vom 21. Mai: "Das französische Volk ist fest entschlossen, seine Freiheit zu verteidigen und vereitelt das Auftreten der Organisatoren des Staatsstreiches".

"Iswestija", ebenfalls am 21. Mai: "Alle, denen die demokratischen Freiheiten und das republikanische Regime teuer sind, haben das Auftreten des Generals verurteilt."

Aber schon am 23. Mai spricht die "Prawda" nicht mehr von "Faschisten". Sie meint nur, die "reaktionäre Propaganda" versuche auf jede Weise, die öffentliche Meinung zu demoralisieren und die Wachsamkeit des französischen Volkes einzuschläfern.

Von diesem Tage an gibt es weder in der "Prawda" noch in der "Iswestija" Anzeichen dafür, dass man in Moskau noch mit einer Verhinderung der Ernennung de Gaulles zum Ministerpräsidenten rechnet. Nicht einmal die grosse Kundgebung der Gegner de Gaulles am 28. Mai in Paris erfährt eine gebührende politische Würdigung. Die "Prawda" vom 30. Mai stellt lediglich fest, "dass dies eine Kundgebung der Einheit der republikanischen Kräfte, der Gewerkschafter, der Einheit der Arbeiter, Angestellten und fortschrittlichen Intelligenz war."

Und um ganz deutlich zu machen, dass Moskau auch bereit ist, mit einer Regierung de Gaulle gute Beziehungen zu unterhalten, erklärt die Presseabteilung des sowjetischen Ausserministeriums am 1. Juni, die Sowjetunion mische sich grundsätzlich nicht in die inneren Angelegenheiten Frankreichs oder irgendeines anderen Landes ein. "Das sowjetische

3. Juni 1958

Volk hat nur den einen Wunsch, gute Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu unterhalten, die den lebenswichtigen Interessen Frankreichs und der UdSSR sowie der Sache des Friedens dienen."

Die polnische Presse hat in den Tagen der Agonie der Vierten Republik offener zu den französischen Kommunisten gehalten als die Presse Moskaus. Zwar zütelte man sich auch in Warschau, de Gaulle als "Taschist" zu bezeichnen, gab aber stärker als irgendwo anders der französischen KP gewisse Chancen. In der Warschauer Zeitung "Zolnierz Wpinosci" heisst es am 30. Mai: "Es besteht kein Zweifel, dass die Kommunisten, die in der Zeit der Krise sich als beständige Verteidiger der republikanischen Legalität sowohl im Parlament als auch ausserhalb erwiesen, den wahren Willen der französischen Bevölkerung zum Ausdruck bringen."

"Trybuna Ludu", das Zentralorgan der polnischen KP, erklärt am gleichen Tage: "In dieser Stunde und in dem Augenblick des grössten Dramas in der Geschichte des zeitgenössischen Frankreich, ruht auf den Kräften des Fortschritts in Frankreich eine grosse Verantwortung. Es ist klar: je entschlossener ihre Haltung, je enger ihre Reihen sind, desto grösser sind die Aussichten für die Verteidigung der Republik."

Hier spürt man noch eine gewisse Hoffnung. Dagegen geht "Dziennik Ludowy" - ebenfalls am 30. Mai - schon einen Schritt weiter. Die Zeitung stellt die Frage nach der Zukunft und entwickelt hierbei einige interessante Perspektiven, durch die angedeutet wird, was man unter Umständen von de Gaulle in den Ostblockstaaten erwartet. "Dziennik Ludowy" schreibt:

"De Gaulle ist ein Mann, der keinerlei besondere Sympathien hegt, weder für die Vereinigten Staaten, noch für Grossbritannien, noch für Deutschland. Er hat auch keine Sympathie für den Gedanken eines vereinigten Europa oder einer europäischen Armee. Es ist heute zur Genüge bekannt, dass der Eintritt des Generals in das politische Leben die politische Aktivität in den westlichen Hauptstädten lähmt, wogegen bisher keine offizielle Stellungnahme erfolgt ist. Die möglichen Auswirkungen der Politik des Generals für die atlantische Allianz werden mit grosser Nervosität erwartet. Die Nervosität ist so gross, dass sie gegenwärtig das Problem der Gipfelkonferenz in den Hintergrund gedrängt hat."

In London besteht kein Zweifel, dass sich die NATO jetzt in einer Krise befindet, die schlimmste seit der Suez-Aggression. In politischen Kreisen Washingtons und Londons wird sogar angedeutet - und dies ist sehr bedenklich - falls de Gaulle vom derzeitigen atlantischen Kurs abweichen sollte, würde die alte These Churchills vor der engen Gemeinschaft der anglo-amerikanischen Interessen erneut anwendbar werden."

+ + +

Der hintergründige Kampf um den Libanon

H.E.D. Während noch in einzelnen Teilen des Landes, so vor allem im südlichen und nördlichen Libanon heftige Kämpfe zwischen bewaffneten Anhängern der Opposition und der Armee toben, hat sich in den grossen Städten, in Beirut und Tripoli, eine fast anomale Ruhe über die Schauplätze des Bürgerkrieges gesenkt. Nach Meinung libanesischer Politiker aus beiden Lagern muss diese Ruhe als sehr trügerisch angesehen werden. Jedenfalls deutet sie im Augenblick nicht auf eine echte Befriedung hin. Wenn auch die amerikanischen Waffenlieferungen sowie das Aufkreuzen britischer und amerikanischer Flotteneinheiten in libanesischen Gewässern die sehr angeschlagene Stellung des Staatspräsidenten Camille Chamoun etwas gestärkt zu haben scheinen, der Widerstand gegen seine Herrschaft dauert an.

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang zu vermerken, dass der Patriarch von Beirut, das Oberhaupt der maronitischen Christen im Lande, sehr offen und sehr eindrucksvoll seine Unzufriedenheit mit dem Staatspräsidenten erklärt hat. Dies war für die Beurteilung der Chancen der Opposition, einen Erfolg über die Anstrengungen Chamouns, trotz entgegenstehender Verfassung seine Wiederwahl zu betreiben, um so entscheidender, da der Patriarch durch seine Frontstellung das Märchen zerstörte, der Islamische Bevölkerungsteil das Lande putsche gegen die christlichen Einwohner und beabsichtige ihre "Ausrottung". Eines hat sich aber, jenseits aller Aktionen der politischen Gegner, herausgestellt: die libanesische Armee unter ihrem Oberkommandierenden Chehab ist zum Zünglein an der Waage bei den innenpolitischen Auseinandersetzungen geworden. Zwar hat sie energisch gegen die Versuche der Opposition, die Macht an sich zu reißen, ihre Mittel eingesetzt, ist aber auf der anderen Seite weit davon entfernt, sich zu einem Instrument der derzeitigen Regierung und zu einer Art Privatpolizei des Staatspräsidenten degradieren zu lassen.

Chehab scheint ein gewagtes Spiel zu spielen. Wahrscheinlich ist auch er überzeugt, dass eine "längere Reise" Chamouns ins Ausland wesentlich zur Wiederherstellung des innenpolitischen Friedens beitragen würde. Als sehr bedeutsam muss weiterhin die vorsichtige Haltung Nassers bei diesem Konflikt angesehen werden. Entgegen den Prophezeiungen gewisser westlicher Stellen hat er sich auffallend "neutral" verhalten und versucht, den libanesischen Hausstreit in der arabischen Familie zu lassen. Während der Gethlock liebend gern eine dramatische "Internationalisierung" des Konflikts angestrebt hätte, welche Propagandachance für Moskau, sich dann als Wahrer der unterdrückten Freiheiten aufzuwerfen! - war die Vereinigte Arabische Republik fast ängstlich bemüht, den Streit der "Jurisdiktion" der Arabischen Liga zu unterwerfen. Hier traf sich die Absichten Nassers mit denen der amerikanischen Regierung. Man geht bestimmt nicht fehl in der Annahme, Nasser habe nicht ohne Grund eine "pro-westliche" Haltung in der libanesischen Frage bezogen. Nicht nur Moskau ist Kairo eine Messe wert, sondern auch Washington.

Entspannung in Südostasien

D. Str. Nicht wenige Holländer standen am 27. Dezember 1949 mit ernstem Gesicht vor dem königlichen Schloß in Amsterdam, um die Souveränitätsübertragung an Indonesien mitzuerleben. Ihr politischer Unmut richtete sich in dieser Stunde nicht gegen Indonesien, sondern gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die mit grossem Elan für die völkerrechtliche Unabhängigkeit der ehemaligen holländischen Kolonien im malaischen Archipel eingetreten waren. Ihr erster Botschafter in der indonesischen Hauptstadt Djakarta, Merle Cochran, war sozusagen der Troubadour dieser amerikanischen Bewegung und genoss in Indonesien fast ebensoviel Sympathie wie die Führer der Revolution, Sukarno und Hatta.

Die Amerikaner hatten gehofft, die frischgebackene Republik Indonesia würde als Dank für die Hebammiendienste Washingtons sich mit fliegenden Fahnen der amerikanischen Aussenpolitik anschliessen. Die Enttäuschung in den USA war sehr gross, als das junge Land in die aussenpolitischen Fusstapfen Pandit Nehrus trat und die heute so bedeutungsvoll gewordene Politik der "Dritten Kraft" mitmachte. Dieser kalten Dasehe folgte im Februar 1952 ein Eisregen, als das indonesische Parlament der Regierung Sukiman das Votum verweigerte, weil deren aussenpolitische Linie zu sehr nach dem Westen tendierte.

Von nun an verschlechterten sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern. Die Vereinigten Staaten unterhielten zwar einen recht umfangreichen Propagandastab in Djakarta, aber der Kontakt zwischen beiden Regierungen ging über die dringend notwendigen amtlichen Berührungspunkte nicht hinaus. Erst als im Januar 1958 in Indonesien eine Gegenregierung auf den Plan trat, die von Sumatra aus recht offen und publizitätsfreudig auf eine amerikanische Intervention zu ihren Gunsten hoffte, erkannte man in Washington, dass eine Sympathieerklärung oder gar eine Wirtschafts- und Waffenhilfe für die Rebellen auf Sumatra die Zentralregierung in Djakarta in die Arme Meskaus treiben würde.

Wenn man schon, so sagte man sich in Washington, die südostasiatische Bastion der 3000 Inseln nicht in der SEATO hatte, so musste sie wenigstens so neutralisiert werden, dass auch die Sowjets daraus kein Sprungbrett machen konnten. Das wäre mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit geschehen, wenn die USA offen die Sumatra-Rebellen unterstützt hätten. Stattdessen tat Staatssekretär Dulles das einzig Richtige: er erklärte, dass der Kampf in Insulinde eine innerpolitische Angelegenheit Indonesiens sei. Man wartete ab, um je nach Ausgang des Bruderkampfes die Karten ins Spiel zu stecken. Jetzt weiss man, dass Sukarnos Truppen die Rebellen geschlagen haben. Washington reagierte prompt und stellte wieder Lizenzen für Waffenlieferungen an die indonesische Zentralregierung aus. Ausserdem unterzeichnete es ein Handelsprotokoll, nach dem Indonesien von der USA besonders billigen Reis einkaufen kann. Politische Beobachter sehen darin den ersten Schritt zur Verbesserung der amerikanisch-indonesischen Beziehungen. Es hat den Anschein, dass man in Washington die Notwendigkeit erkannt hat, das Profitstreben auf dem Kapitalmarkt in Asien zugunsten einer aufgeschlossenen Politik gegenüber den entwicklungs-fähigen Ländern zurückzustellen.

3. Juni 1958

Ein Mann - acht Worte

"Wir sind einverstanden damit, dass wir völlig abgerüstet werden, dass unsere reine Kriegsindustrie zerstört wird und dass wir nach beiden Seiten hin einer langen Kontrolle unterworfen werden. Ja, ich will noch weitersagen: ich glaube, dass die Mehrheit des deutschen Volkes einverstanden wäre, wenn wir wie die Schweiz völkerrechtlich neutralisiert würden".

1.1.1947

*

"Ich habe zu dieser Frage (zur Remilitarisierung der Bundesrepublik) keine Auffassung. Ich kann Ihnen auch meine Meinung darüber nicht sagen. Ich denke über dieses Problem überhaupt nicht nach".

9.12.1948

*

"Wir müssen die Notwendigkeit der Aufstellung starker deutscher Verteidigungstreitkräfte erkennen".

18.8.1950

*

"Es ist meine Überzeugung, dass alle Verhandlungen mit den Sowjets auf der Stärke beruhen müssen".

11.4.1955

*

"Die taktischen Atomwaffen sind im Grunde nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie, und es ist ganz selbstverständlich, dass bei einer so starken Fortentwicklung der Waffentechnik, wie wir sie leider jetzt haben, wir nicht darauf verzichten können".

5.4.1957

*

"Wir wollen keine atomaren Waffen. Wir können sie gar nicht bezahlen. Und im Übrigen - wir lehnen eine atomare Aufrüstung der Bundeswehr ganz bewusst ab".

5.7.1957

(Wahlkampfabend in Kiel)

*

"Es handelt sich um die Einführung der Atomwaffen im NATO-Bereich. Wenn die strategische Planung der NATO es verlangt, dass auch wir von dieser Fortentwicklung der Waffentechnik Gebrauch machen, und wenn wir uns dann weigern würden, was zu tun, scheidet uns damit aus der NATO aus". Adenauer in der letzten Bundestagsdebatte

*

"Die Bundesregierung lässt sich bei dem Kampf gegen den Atomtod von niemandem übertreffen".

Im April 1958

(Entnommen aus: Politische Verantwortung)

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel